

# zeitungen

für Rödelheim Praunheim Hausen Industriehof Westhausen

Nr. 8 | Mai 2013

## »Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen«

Wir wollen nicht zum Arzt gehen, sondern in dieser Ausgabe einen Schwerpunkt setzen bei unseren Ideen für die Stadtteile im Ortsbezirk 7, Visionen zur Diskussion stellen und dafür werben, dass Politik Gestalten heißt.

Von Barbara David-Wehe, Ute Habermann, Dorothea Hück, Inge Pauls



Die Baustelle als Chance: der geräumige Bahnhofsvorplatz könnte zum neuen Mittelpunkt werden, mit einem Angebot zum Treffen und Verweilen – und mit einem Wochenmarkt

Die Bedeutung der Stadtteile ist seit den 80er-Jahren ins Bewusstsein der Stadtpolitik gekommen. Die Ansprüche auf Gemeinschaft und soziales und kulturelles Leben im Stadtteil sind gewachsen. Die ehemals eigenständigen, eingemeindeten Stadtteile entdecken wieder ihre Identität und ihr Potenzial. Praunheim ist stolz auf seine Zehntscheune und die Praunheimer Werkstätten, Rödelheim auf seine Parks, Westhausen auf seine ganz eigene Bau(haus)-Geschichte. Der Widerstand gegen die Umbenennung des Industriehofs belegt, dass die Bewohner nicht bereit sind, so mir-nichts-dir-nichts – aus Verwertungsgründen – ihren traditionellen Namen herzugeben.

### Rödelheims neue Mitte

Die Debatte um den Rödelheimer Bahnhofsvorplatz hat gezeigt, dass die Vorstellungen weit auseinandergehen. Während Magistrat, CDU, SPD und Grüne Sicherheitsaspekte in den Vordergrund stellen, nach Videoüberwachung rufen (wird damit nicht signalisiert, dass der Bahnhof furchtbar gefährlich ist?) und deshalb den Platz möglichst vollmöblieren wollen, sehen wir in diesem Platz die Chance einer Rödelheimer Mitte, belebt und bevölkert, wahrgenommen

als der Ort, wo man sich trifft, der wegen seiner zentralen Lage zwischen Rödelheim-Ost und Rödelheim-West wie geschaffen ist, um Veranstaltungen verschiedenster Art durchzuführen. Bei diesem Konzept gibt es Platz auf dem Platz, am Rande des Platzes befindet sich ein Café, ein Bistro oder eine Weinstube, wo die Besucher auch abends noch gerne hingehen.

Die Feste und Veranstaltungen, wie Nikolausmarkt oder die beliebten Flohmärkte

### EINKAUFEN MUSS ZUM VERWEILEN EINLADEN

auf dem Bahnhofsvorplatz sind zugleich Anziehungspunkt für Besucher von außerhalb. Mit dem optimalen Verkehrsanschluss können Menschen aus dem Vordertaunus, der Innenstadt oder aus Höchst teilnehmen. Die Fahrradfahrer entlang der Nidda bekommen ein Hinweisschild: Achtung – hier ist was los!

Im Alltag ist bereits genügend Publikumsverkehr vorhanden. Täglich steigen 14.000 Menschen ein, aus und um. Ein erkleckliches

Potenzial, wenn man an den Einzelhandel denkt, der um Kunden wirbt. Ein Wochenmarkt könnte zur Radilo-, Alexander- und Lorscher Straße ausstrahlen.

Bedingung ist: das Einkaufen muss gemütlich gestaltet sein und zum Verweilen einladen. Das leistet die Radilostraße bislang nicht. Eine sehr weitgehende Vision ist eine autofreie Radilostraße während eines klar definierten Zeitraums, z. B. zwischen 11 und 18 Uhr, während des Wochenmarktes, in der nur die Busse verkehren dürfen (und natürlich Einsatzfahrzeuge). Möglich ist dies durch eine zeitgesteuerte Poller-Lösung, wie dies in zahllosen französischen Städten eingerichtet ist. Das Parkhaus neben dem Bahnhof wird zum viel genutzten Parken nicht nur der Rödelheimer Kunden, die reduzierte Preise durch Gutscheine nach Einkäufen in Rödelheim bezahlen – wie gesagt: Visionen ...

### Nahversorgung sichern

Gibt man das Stichwort „Nahversorgung“ im Parlamentsinformationssystem „parlis“ der Stadt Frankfurt ein, erhält man 526 Treffer. Das Problem ist stadtweit vorhanden und wird in fast allen Ortsbeiräten diskutiert: Anfragen an einen hilflosen Magistrat, Aufforderungen, dem schleichenden oder auch galoppierenden Niedergang des Einzelhandels in den Stadtteilen entgegenzuwirken, ... das ist das allgemeine Phänomen.

Dabei wird eine fußläufige Nahversorgung mit den notwendigsten Waren des täglichen Bedarfs – von Lebensmitteln bis zu Medikamenten, von Post bis Nähgarn – in einer alternden Gesellschaft immer dringender. Auch das Dienstleistungsangebot, Ärzte, Friseure,



► Fortsetzung auf Seite 2



## Alle reden über's Wetter – wir nicht!

Mit diesem Slogan sind wir zur letzten Kommunalwahl angetreten und diesem Motto fühlen wir uns auch außerhalb von Wahlkampfzeiten verpflichtet. Denn wir wollen über das reden, was die Bürger in unserem Ortsbezirk bewegt. Das Abnicken der Vorgaben des Magistrats überlassen wir den Grünen und der CDU, die nichts Besseres zu tun haben, als Vorschläge von Bürgern zu beschimpfen, fachliche Einwände als Querulantentum herabzusetzen und den Ortsbeirat seiner ursprünglich gedachten Funktion des Beraters und Korrektivs für den Römer zu berauben. Sprechen Sie uns an, wir setzen uns für Sie ein! ◀

Barbara David-Wehe & Inge Pauls

### DIE THEMEN DIESER AUSGABE:

#### Visionen für unsere Stadtteile 1

Der Rödelheimer Bahnhof; Nahversorgung in Westhausen; Industriehof ohne Anschluss; Hommage an Praunheim; Stadtteiltreffs

#### Rückblick: Veranstaltungen 2

Brauner Terror – blinder Staat; Arbeiten oder leben? Arbeiten und leben!; Frühlinkserwachen

#### Kultur 2

Veranstaltungstipps

#### Aus dem Ortsbeirat 3

Schöner Wohnen im Fuldchen; Das neue Kinderförderungsgesetz; Skurilles um den Löwenspielplatz

#### Aus der Römer-Fraktion 4

ÖPNV zum Nulltarif  
Kommunale Niedriglohn-Abgabe

#### Impressum 4

Kontakt zur Stadtteilgruppe

Masseur usw. müssten unbedingt in den Stadtteilen vorhanden sein, wenn verhindert werden soll, dass für jeden Gang in ein Zentrum möglicherweise beschwerliche und teure Fahrten in Kauf genommen werden müssten. Dass die Bürger dies wollen, ist immer wieder in den Bürgerfragestunden deutlich geworden.

Die Gespräche der Wirtschaftsförderung sind seit Jahren in einer Sackgasse, weil sie sich an den Interessen der „Vollversorger“ orientieren. Denen ist das Einzugsgebiet zu klein oder es fehlt eine geeignete Immobilie. Die Bedürfnisse der Bürger müssen da zurückstehen. Und so wundert es nicht, wenn die Grünen vor einem Jahr eingestehen müssen: *Die bisherigen planerischen Instrumente zur Ansiedlung von Einzelhandel und zur Absicherung einer Nahversorgung sowie das Engagement von örtlichen Gewerbevereinen und die Aktivitäten der dezentral tätigen MitarbeiterInnen der Wirtschaftsförderung reichen offensichtlich nicht aus.*

Also wünschen wir uns ...

### Für Westhausen und den Industriebhof ...

... entstehen konkrete Pläne, dass die Stadt bei den Eigentümern der Ladenzeile „Marktplatz“ in Westhausen z. B. durch Auflagen und Hilfsangebote der Wirtschaftsförderung so viel Druck macht, dass endlich etwas passiert. Wünschen wir uns ein Café, eine Backstation, vielleicht auch einen Obst- und Gemüseladen. Warten wir nicht mehr darauf, dass sich eine Deutsche Annington, die das Problem mindestens seit 2009 kennt, oder eine Bundesanstalt



Einfach schön: Natur pur entlang der Nidda zwischen Hausen und Praunheim

für Immobilienaufgaben bewegen. Erinnern wir Immobilienbesitzer daran, dass Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich (!!!) dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Zusammen mit der Ärztekammer wird über eine neu einzurichtende Arztpraxis verhandelt. Dann eröffnet auch wieder die Apotheke. Platz genug wäre da, eine auszubauende Immobilie ist vorhanden, sogar mit Parkplätzen, und die Westhausener würden sich als Kunden gerne anwerben lassen, wenn die Qualität und das Ambiente stimmen.

Am Industriebhof bleibt ein kleiner Laden für Dinge des täglichen Lebens bestehen. Der Eigentümer, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, verpachtet langfristig an einen Einzelhändler und tätigt notwendige Investitionen. Und mit einer neuen oder verlängerten Buslinie wird der Stadtteil an das Netz des öffentlichen Nahverkehrs direkt angeschlossen.

### Hommage an Praunheim

Ach Praunheim, mein kleines Frankfurter Dorf! Bleibe, wie du bist: Ein liebenswerter Stadtteil Frankfurts, gelegen an der Nidda mit seinen Altarmen. Ein Stadtteil mit viel Grün, das vielen Tier- und Pflanzenarten einen Lebensraum bietet und mit vielen Nischen, die sich dem Bewohner und Besucher erst auf den zweiten oder dritten Blick erschließen. Bitte vergiss deine großen Schätze nicht, die du besitzt!

Bitte bleibe wie du bist mit deiner wunderbaren Kirchenmusik und mit deiner künstlerischen Jugendarbeit, die über den Stadt-

teil hinausgehen! Und natürlich mit deinem »Büchchen«, den kleinen Geschäften, Cafés und Kneipen. Bleibe unbedingt auch mit deinen Fachwerkhäusern und den geschichtsträchtigen Bauwerken wie Pfarrhaus und dem Jugendclubhaus mit der schönen, schiefen Mauer! Das di-

## UNSERE STADTEILE SIND LEBENS- UND LIEBENS WERT

cke Kellergewölbe des Pfarrhauses hat übrigens im 2. Weltkrieg vielen Praunheimer Bürgern vor Luftangriffen das Leben gerettet. Dass diese Gebäude abgerissen werden, »will mer net inne Kopp enei«. Die Bürger haben sich aber wohl mit dem bevorstehenden Abriss abgefunden.

Aber, liebes Praunheim! Wandel und Entwicklung tun dir auch gut, besonders für die Belebung deines kulturellen Lebens! Da fehlt es dir noch, damit für alle etwas dabei ist, die sich mit anderen Praunheimern treffen möchten. Dazu brauchst du Orte der Begegnung, wie es die denkmalgeschützten Gebäude der Praunheimer Werkstätten in Zukunft bieten können. Die Öffnung dieses RAUMES lohnt sich, und es hat sich auch bereits ein für alle Interessierten offener und unabhängiger Verein (KunstWerkPraunheim e.V.) gegründet, um dieses Vorhaben zu verwirklichen. Wünschenswert wäre auch eine öffentliche Einrichtung, ein Café z. B., in einem

Teil des Geländes der Praunheimer Werkstätten. Und wenn der Blick von der Praunheimer Landstraße auf den wunderschönen Hof der Praunheimer Werkstätten frei wäre und die Spaziergänger und Radfahrer einladen würde zum Verweilen und Erkunden des Stadtteils.

Praunheim, du kannst also noch viel mehr, wenn man dich lässt und wenn du in deinem Rhythmus weiter bestehen kannst. Du brauchst die Ruhe genauso wie die Lebendigkeit. Kunst schaffen und Kultur erleben – ohne kommerzielle Ausrichtung – macht Freude und belebt den Stadtteil. Ein bereichernder Fortschritt, der allen zugute kommt.

### Treffpunkt für alle Bürger

Ein Stadtteilcafé für jeden Stadtteil wäre schön! Mit Raum zum Sitzen und Schwätzen, mit einem Kinderspielbereich, günstigen Angeboten zum Essen und Trinken, und das Ganze ergänzt mit einem Beratungsangebot, wo Frau/Mann Hilfe und Unterstützung findet beim Ausfüllen von unterschiedlichsten Formularen, die oft existenziell wichtig sind, aber auf den Normalbürger eher abschreckend wirken. Das könnten z. B. sein: ein Antrag auf Schwerbehinderung, für Arbeitslosengeld 2 oder Sozialgeld, ein Rentenantrag, ein Antrag auf Leistungen für Bildung und Teilhabe, und, und, und... Es gäbe einen kompetenten Ansprechpartner, der Hilfestellung gibt, sich mit der Gesetzeslage auskennt, auch das eine oder andere notwendige Begleitschreiben formuliert, wichtige Termine wahrnimmt oder zu diesen begleitet.

Das Büro wäre besetzt mit einer fähigen und engagierten Mitarbeiterin wie z. B. der Quartiersmanagerin in Rödelheim-West. Jeder, der eine Idee hätte, was man im Stadtteil initiieren könnte, fände einen aufgeschlossenen Ansprechpartner, der hilft, die notwendigen Kontakte zu knüpfen, bei der Planung und Durchführung unterstützt und auch weiß, wie man eventuell notwendige Geldmittel »lockermachen« kann.

In dem Café gäbe es eine Art Litfasssäule, auf der alle Veranstaltungen zu finden sind. Das Ganze könnte natürlich kein kommerzielles Angebot sein. Denkbar wäre jedoch ein Stadtteilcafé, finanziert vom Jugend- und Sozialamt und unter der Regie eines Trägers wie z. B. der Werkstatt Frankfurt oder der Frauenbeschäftigungsgesellschaft. Zudem könnten arbeitslose Menschen hier einen Job finden und Jugendliche eine Ausbildung beginnen. Und einer von vielen leerstehenden Geschäftsräumen im Stadtteil wäre endlich einmal sinnvoll genutzt. ◀

Schmidt (ehemals ver.di Landesfachbereichsleiterin Finanzdienstleistungen), Margarete Wiemer (Betriebsratsvorsitzende des Klinikums Frankfurt-Höchst), Bernhard Schiederig (ver.di Landesfachbereichsleiter Handel), Torsten Wagner (IG Metall Vertrauenskörperleitung bei Conti Teves in Rödelheim), Axel Gerntke (DIE LINKE., stellv. Kreisvorsitzender Frankfurt).

In der Diskussion und beim Resümee wurde deutlich, dass für die überschaubare nächste Zeit niemand mit schnellen oder umfassenden Lösungen rechnet. Notwendig sei es aber, so führte Axel Gerntke aus, für konkrete Teilverbesserungen, z. B. den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, zu kämpfen.

### Frühlinkserwachen

Und auch die Kultur kommt nicht zu kurz. Mit viel Spaß und Engagement führte die Laien-Kabarett-Gruppe Anfang Mai nun schon im fünften Jahr selbstgeschriebene Sketche rund um das aktuelle politische Geschehen auf, abgerundet durch musikalische Darbietungen. Die Publikumslieblinge Maja & Willi als Frühlingsboten sowie Heiner & Schorsch am Wasserhäuschen sind bereits zu festen Größen im Programm geworden. ◀

Unsere Veranstaltungen und Termine finden Sie im Internet unter [www.die-farbechten.de](http://www.die-farbechten.de)

### RÜCKBLICK

## Veranstaltungen der Stadtteilgruppe

Die Stadtteilgruppe organisiert regelmäßig Veranstaltungen zu politisch aktuellen Themen.

### Brauner Terror – blinder Staat

Jahrelang konnte in Deutschland die Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund – NSU“ unbehelligt morden, Banken überfallen und Bombenanschläge verüben. Zehn Tote und dutzende Verletzte gehen auf das Konto der militanten Gruppe, die sich scheinbar völlig frei in Deutschland bewegte, obwohl es von Beginn an eine Vielzahl von Hinweisen auf das Trio gab und ihr Umfeld mit staatlich bezahlten V-Leuten durchsetzt war. Spuren wurden nicht nur bundesweit übersehen, sondern von Politik und Behörden auch aktiv ausgeblendet.

Wenn dies ein „singuläres Versagen“ war, wie bis heute von Verantwortlichen behauptet wird, stellen sich Fragen: Warum sind Politik und Behörden den zahlreichen Hinweisen nie nachgegangen? Was sagt es über die gültige Sicherheitsdoktrin aus, wenn sie Gewalt und Terror von rechts weder erkennt noch dämpft? Wem nützen staatlich finanzierte, schwerkriminelle V-Leute, die vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt sind? Warum schreikn die Behörden reihenweise die zur Aufklärung notwendigen



Akten? Und welche Analysen und Perspektiven entwickeln Bürgerrechtler, Demokraten und Linke zur Überwindung dieser Probleme? Darüber diskutierten wir im Oktober 2012 mit Martina Renner (Mitglied des Landtags und Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss Thüringen) und Adrian Gabriel (Referent Innenpolitik und Anti-Faschismus Linksfraktion Hessen).

### Arbeiten oder leben? Arbeiten UND leben!

Anhand von Berichten aus der Praxis diskutierten wir im Februar 2013 über Niedriglohn, Leiharbeit, Arbeitsverdichtung sowie über Alternativen einer „Guten Arbeit“ mit Gudrun

# Kultur im Stadtteil

## Veranstaltungstipps

25. Mai: **3. Rödelheimer Musiknacht** überall im Stadtteil – Eintritt frei!

22. Juni: **Straßenfest in Rödelheim** Alt-Rödelheim – die farbechten/DIE LINKE. sind mit einem Stand vertreten

29. Juni: **Rödelheimer Parkfest** Brentanopark

29. bis 30. Juni: **8. Afrikanisches Kulturfest** Rebstockpark Frankfurt

## Jazz is back

### -Frühschoppen

26. Mai: **Mainstreamers**

23. Juni: **Jazz Minds**

25. August: **Jump Daddy**

22. September: **noch offen**

27. Oktober: **Doris Teimann Quartett**

24. November: **Jahresabschluss Session**

Sonntags  
11 Uhr,  
Rödelheimer  
Vereinsringhaus



## Menschenskinder!

*bdw* | Mütter und Väter wollen und müssen nach der Elternzeit wieder arbeiten gehen. Damit dies möglich ist, sind ausreichende Tageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren notwendig. Ab 1. August 2013 werden Eltern einen Rechtsanspruch auf die Betreuung ihrer Kinder außerhalb der Familie haben. Das Stadtschulamt versucht diesem Anspruch unter anderem durch den Bau neuer Einrichtungen gerecht zu werden. Die Planung, in der Rödelheimer Landstraße/Breitenbachstraße eine solche zu errichten, stieß auf breite Ablehnung seitens der Mehrheit des Ortsbeirats, der Anlieger und der Gartenpächter. Gründe hierfür sind:

- die Verkehrssituation wird als unübersichtlich und gefährlich eingeschätzt
- die geplante Kita soll in einem Landschaftsschutzgebiet errichtet werden
- im Umfeld der geplanten Kita wohnen kaum Familien mit kleinen Kindern, das heißt, die Kinder werden mit Autos gebracht werden müssen.

Je nach Diskussionsverlauf wird seitens des Stadtschulamtes als künftiges Einzugsgebiet Bockenheim und Rödelheim genannt. Wird jedoch ein Ersatzgelände vorgeschlagen, das in Rödelheim-West liegt, wird die Ablehnung damit begründet, dass es für diesen Bezirk bereits ein Überangebot an Plätzen gäbe.

Wir lehnen den Bau einer Kita an dieser Stelle ab! Diese Einrichtung wird nie zu einer wohnortnahen Versorgung werden. Wenn das Siemens-Gelände bebaut wird, sind zwei Kindertagesstätten mit geplant, so dass auch dort der Bedarf gedeckt sein wird. Umgekehrt wären die Schäden an der Natur, die durch den Bau entstehen würden, irreparabel.



### Kifög-Protest zeigt Wirkung

Für die Versorgung von Kleinkindern sind allerdings nicht nur Gebäude notwendig, sondern auch zusätzliches Personal. Doch woher nehmen? Angesichts einer fünfjährigen Ausbildung zur/zum Erzieher/in, mit einem anschließend eher bescheidenen Verdienst, fehlt es schon seit Jahren an ausreichend pädagogischen Fachkräften. Hier hat sich die Landesregierung etwas Schlaues einfallen lassen. Ab Januar 2014 sollen die Zuschüsse für die Betreuung neu geregelt werden. Dies würde für eine Einrichtung für Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren Gruppengrößen von 25 Kindern bedeuten, um den personellen Standard zu halten. In Gruppen für Kinder unter drei Jahren, sollten bis zu 16 Kinder möglich sein, obwohl gerade in diesem Alter eine individuelle Betreuung für die Entwicklung einer stabilen Bin-

## WIR BRAUCHEN AUSREICHEND KITA-PLÄTZE FÜR KINDER UNTER DREI JAHREN, ABER STANDORT UND QUALITÄT MÜSSEN STIMMEN!

dungsfähigkeit notwendig ist. Für die gemeinsame Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung ist im Gesetz keine Reduzierung der Gruppengröße festgeschrieben.

Dies ist jedoch noch nicht alles: künftig solle es möglich sein, dass bis zu 20 % des Personals „fachfremd“, also keine ausgebildeten Pädagogen sind.

Dank der heftigen Proteste von Eltern und Erziehern ruderte die Landesregierung erstmal ein wenig zurück: Es sieht nun so aus, als solle auf den Einsatz fachfremden Personals verzichtet und die Gruppenstärke für Kinder unter drei Jahren auf zwölf begrenzt werden. Noch will die Stadt Frankfurt den geplanten Weg der Landesregierung nicht mitgehen, aber es wird an dem Engagement der Träger und Eltern liegen, ob sie angesichts der Sparbeschlüsse dauerhaft bei diesem Vorhaben bleibt.

**Eine Veranstaltung zum Thema KIFÖG mit der Erzieherin und Betriebsrätin Monika Zilch findet am 6. Juni um 19.30 Uhr im Rödelheimer Vereinsringhaus statt. Näheres unter [www.die-farbechten.de](http://www.die-farbechten.de)**

## Gut gebrüllt, Löwe

*bdw* | 1926 kaufte die Stadt Frankfurt den Brentanopark und gestaltete ihn zum Bürgerpark um. Es ist davon auszugehen, dass seitdem die beiden Löwen rechts und links auf der Mauer des Sandkastens sitzen. Sie haben dem Spielplatz den Namen Löwenspielfeld gegeben und wurden von mindestens drei Kindergenerationen als Reittiere ins Spiel einbezogen. So könnte es auch die nächsten 80 oder 90 Jahre weitergehen, hätte nicht der Vorsitzende des



Heimat- und Geschichtsvereins sein Herz für die Löwen entdeckt. Auf dessen Anregung hin stellte die CDU-Fraktion im November 2011 einen Antrag, die Löwen zu versetzen, „da sie deutliche Abnutzungsspuren durch spielende Kinder zeigen würden“. Vergleicht man die Abnutzung der Löwen mit den Sphingen, hat das Kinderspiel den Löwen eher gut getan, aber dennoch: die Löwen müssen weg – so wollte es auch die CDU im Ortsbezirk.

Um es kurz zu machen: Gegen den Rat des Denkmalschützers fand sich im Ortsbeirat 7 und auch im Magistrat eine Mehrheit für diesen Vorschlag und die Löwen sollen in diesem Frühjahr innerhalb des Parks versetzt werden. Die Historie spielt dabei keine Rolle – der Heimat- und Geschichtsverein hat eine ganz unhistorische eigene Idee, wo die Löwen hinpassen. Den Kindern wird etwas fehlen ...

### TEURES PFLASTER FRANKFURT

## Schöner wohnen im Fuldchen – aber für wen?

*bdw* | Die Wohnheim GmbH baute 1962 ca. 250 1- und 1½-Zimmerwohnungen für Alleinstehende, die einen Anspruch auf eine Sozialwohnung haben. Zumindest in den letzten 15 Jahren war zu beobachten, dass bei der Siedlung – schön gelegen, zwischen zwei Parks und in der direkten Nähe des Brentanobades – ein massiver Renovierungs- und Sanierungsstau entstand. Von außen war dies kaum wahrzunehmen, denn die Wege und Grünanlagen wurden weiterhin gepflegt. Umso desolater wurde jedoch mit den Jahren der Zustand in den Häusern. Schimmel in den Wohnungen, fehlender Fußbodenbelag, stattdessen nackter Estrich, waren das, womit potenzielle Bewerber konfrontiert waren. Die Vorgaben von Vermieterseite waren klar: „Entweder Sie nehmen die Wohnung, so wie sie ist, oder Sie lassen es.“ Das Ergebnis: es gab den einen oder die andere, die über die Fähigkeit verfügten, die Wohnung mit handwerklichem Geschick herzurichten und danach von der sehr günstigen Miete profitierten oder die anderen, die keine Chance hatten, von einer Wohnungsbaugesellschaft in einer anderen Siedlung eine Wohnung zu erhalten.

Kurz nach Beendigung der Sozialbindung zum 1.1.2011 erinnerte sich jedoch auch die Wohnheim GmbH an die Siedlung im Fuldchen und an dessen gute Lage und teilte den Mietern mit, dass man sich entschlossen habe, „die Vorteile der Siedlung zu erhalten und gleichzeitig die Wohnungen durch entsprechende Modernisierungsmaßnahmen zeitgemäß zu gestalten.“

Beginnend mit den Häusern 2 bis 8 sollen 2014 umfangreiche Baumaßnahmen aufgenommen werden, die einen Leerstand notwendig

machen. Vorgesehen ist, dass durch Wohnungszusammenlegungen, Um- und Anbauten 1- bis 4-Zimmerwohnungen entstehen sollen, allerdings nur ein geringer Teil öffentlich gefördert und davon nur noch zehn für Alleinstehende. Allen Bewohnern sollen Ersatzwohnungen angeboten werden. Wer will, kann innerhalb des Fuldchens umgesetzt werden, mit der Option, nach dem Umbau in eine der sanierten Wohnungen zurückzukehren. So stellte das Herr Westphal (Geschäftsführer der Wohnheim GmbH) sowohl bei einer Mieterversammlung

als auch bei einem Gespräch mit dem Ortsbeirat dar. Also alles bestens und kein Grund zur Aufregung? Die Sache hat nur einige Haken, wie an einem anderen Beispiel deutlich wird: Vor einigen Jahren wurde die Siedlung in der Voltastraße in Bockenheim abgerissen und neu aufgebaut. Auch den damaligen Bewohnern wurde versprochen, dass sie wieder in ihren Stadtteil zurückkehren könnten. Zurückgekommen ist allerdings nur einer, und der Anteil der Sozialwohnungen wurde nicht etwa mit Familien belegt, die einen Anspruch hatten, sondern

ABG-Chef Junker nahm einen internen Tausch innerhalb des Wohnungsbestandes der ABG vor: für jede neu gebaute Wohnung in der Voltastraße stellte er Wohnungen aus dem Bestand bereit, die aus der Sozialbindung gefallen waren. So sieht also die von Herrn Junker propagierte „Durchmischung“ aus! Öffentlich spricht er davon, dass bei jedem Neubau der ABG 30 % Sozialwohnungen entstehen sollen. Man würde nebeneinander wohnen und keiner wüsste,

## ABKEHR VOM BISHERIGEN KONZEPT DES SOZIALEN WOHNUNGSBAUS?

wer die volle Miete zahlt und wer in einer geförderten Wohnung lebt. Eine tolle Idee und eine begrüßenswerte Abkehr von den üblichen Siedlungen des Sozialen Wohnungsbaus. Noch schöner wäre es, wenn dies auch Realität würde.

Aber die Versprechen des Herrn Westphal haben noch einen weiteren Pferdefuß. Seine Zusicherungen erfolgten mündlich. Unser Antrag, dafür zu sorgen, dass den Bewohnern eine schriftliche Zusage erteilt wird, wurde von der Mehrheit im Ortsbeirat abgelehnt. Herr Westphal hat jedoch inzwischen die Wohnheim GmbH verlassen und ist zur Nassauischen Heimstätte gewechselt.

Wir werden das Geschehen kritisch begleiten und die Mieter darin unterstützen, dass ihre Interessen berücksichtigt und realisiert werden.



Entwicklung Sozialwohnungsbestand

Quelle: Wohnungsmarktbericht 2011

# ÖPNV zum Nulltarif

Im vergangenen Jahr hat sich der Kreisverband Frankfurt für einen Nulltarif im ÖPNV ausgesprochen. Nora David, Fraktionsassistentin der LINKEN im Römer, erklärt, was hinter der Forderung steht.



► **Ist die Forderung nach einem Nulltarif im ÖPNV eine drängende soziale Frage?**

**Nora David:** Eine Einzelfahrt kostet mittlerweile 2,60 Euro; die Monatskarte über 80 Euro. Das ist doch Wahnsinn! Letztlich geht es auch beim Nahverkehr um die Kernforderung der LINKEN: Menschen vor Profite. Der ÖPNV ist ein Teil der Daseinsvorsorge und als solcher hat er sich nach den Bedürfnissen der Menschen zu richten und nicht nach den Möglichkeiten der Gewinnmaximierung. Dass Menschen für manche Dienstleistungen Geld bezahlen müssen – wie für den RMV – und für manche nicht, wie die Straßenbeleuchtung: das ist kein Naturgesetz. Das geht auf politische Entscheidungen zurück, die man in Frage stellen muss.

**Was wäre der soziale, was der ökologische Gewinn, den die Frankfurterinnen und Frankfurter durch einen kostenlosen ÖPNV hätten?**

Die kostenlose Nutzung des ÖPNV würde für viele Menschen schlagartig mehr soziale Teilhabe ermöglichen. In Frankfurt, der Finanzmetropole Deutschlands, leben rund 20 Prozent der BürgerInnen in Armut. Für sie ist die Frage sozialer, kultureller und politischer Teilhabe längst eine des Geldbeutels.

Wenn es gelingt, den Autoverkehr in Frankfurt stark zu reduzieren, haben wir alle etwas davon:

- Luft- und Lärmverschmutzung könnten um ein vielfaches verringert werden.
- Durch den Rückgang des ruhenden Verkehrs (parkende Autos) werden in allen Stadtteilen Flächen frei, die bebaut, bewohnt, bewirtschaftet und bespielt werden könnten.
- Und schließlich bringt weniger motorisierter Verkehr auch weniger Stress und mehr Sicherheit mit sich. Deshalb ist der Öffentliche Personennahverkehr das Verkehrskonzept der Zukunft, das auch die Alterung der Gesellschaft berücksichtigt.
- Nicht zuletzt wäre ein kostenfreier ÖPNV auch ein Werbe- und Standort-Argument.

**Viele der Überlegungen bauen darauf auf, dass der Autoverkehr drastisch zurückgeht, wenn der Nulltarif eingeführt wird. Ist das wirklich zwangsläufig so?**

Der Nulltarif allein würde das Nutzungsverhalten wahrscheinlich nicht so massiv verändern, wie wir es uns wünschen und vorstellen. Für eine menschen- statt autogerechte Kommune braucht es mehr als den Nulltarif: Barrierefreiheit, ein dichtes Netz, gute und schnelle Verbindungen, Komfort und Sicherheit sind ebenso wichtig.

**Gibt es Städte, in denen man umsonst Bus und Bahn fahren kann? Und wenn**



**ja – welche Erfahrungen haben diese Gemeinden gemacht?**

Es gibt in den USA gleich eine ganze Reihe von Kommunen, in deren Innenstädten man umsonst fährt. Die Erfahrungen sind überwiegend positiv. Tallinn, die Hauptstadt von Estland, hat den Nulltarif zu Beginn des Jahres eingeführt. In Hasselt (Belgien) gab es über zehn Jahre den Nulltarif. Die Stadt hat unglaublich profitiert vom kostenfreien ÖPNV. Die Zahl der Fahrgäste ist um das 12,6-fache gestiegen. Die Kehrseite: in der Folge musste die Gemeinde nun doch wieder einen kleinen Beitrag von rund 60 Cent pro Fahrt erheben. Für uns heißt es, sich gründlich mit Refinanzierungsmodellen auseinanderzusetzen. Das haben wir begonnen und wollen wir fortsetzen – gemeinsam mit anderen Kreisen, die an diesem Thema arbeiten, wollen wir Gäste aus der französischen Stadt Aubagne einladen, die 2009 den Nulltarif eingeführt hat und erfolgreich finanziert.

**Zu der Frage nach den Kosten – es wären ja nicht nur die Einnahmen aus dem Fahrscheinverkauf, die künftig wegfallen würden, sondern auch nötige Investitionen in den Aus- und Umbau des Streckennetzes. Wie soll denn das aus öffentlichen Mitteln finanziert werden? Und zahlen AutofahrerInnen nicht jetzt schon genug an Steuern und Abgaben?**

Die gesellschaftlichen Kosten für die privaten Autos tragen wir alle. Sie reichen über die

Bindung von städtischen Haushaltsmitteln für teure Straßenbauprojekte und Instandhaltungen über den Verlust an Lebensqualität durch immer knapper werdende öffentliche Räume

bis hin zu individuellen Belastungen durch Lärm, Feinstaub, unsichere Verkehrslagen und schließlich den schwerwiegenden gesamtgesellschaftlich getragenen Folgen zunehmender CO<sub>2</sub>-Emission.

Zur Refinanzierung des Nulltarifs hat die Linksfraktion im Römer schon eine ganze Reihe an Vorschlägen erarbeitet – und beantragt, diese im Rahmen einer Machbarkeitsstudie zu untersuchen: denkbar wäre die Einführung einer Citymaut, eine veränderte Parkraumbewirtschaftung, eine Infrastrukturabgabe oder ein Erschließungsbeitrag für GrundstückseignerInnen – dafür wäre allerdings eine veränderte Gesetzgebung auf Bundesebene nötig. Denkbar wäre auch ein neues Modell der Finanzierung für den ÖPNV. In Frankreich wird ein großer Teil der Einnahmen durch eine Unternehmensbesteuerung erwirtschaftet, die sogenannte Taxe versement transport. Daneben wären in jedem Fall eine Reihe von Einsparungen zu berücksichtigen: die Vertriebs- und Kontrollinfrastruktur zum Beispiel. Auch die Investitionen in den Straßenverkehr würden zurückgehen – dadurch, dass mit der Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs keine neuen Straßen gebaut oder alte saniert werden müssen. Unsere eigenen Berechnungen kommen zu dem Schluss, dass der Nulltarif finanzierbar wäre, wenn er denn politisch getragen würde. ◀

## Die kommunale Niedriglohnabgabe

*Nora David* | Die Gruppe der Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind, wächst. Nicht wenige der sogenannten „AufstockerInnen“ sind sogar Vollzeit berufstätig. Sie werden aber zu einem solch geringen Lohn beschäftigt, dass sie ergänzend Anspruch auf Hartz IV haben. Statistiken zeigen außerdem, dass die schlechten Stundenlöhne oft mit unsicheren und prekären Arbeitsverhältnissen einhergehen. Befristet Beschäftigte, Zeit- und LeiharbeiterInnen, geringfügig Beschäftigte und Mini-JobberInnen gehören zu denjenigen, die arm trotz Arbeit sind. Und: eine dauerhafte Beschäftigung im Niedriglohnbereich bedeutet eine niedrige Rente im Alter.

Niedriglöhne werden aus Steuermitteln subventioniert. Unternehmen, die ihre MitarbeiterInnen zu einem Monatslohn beschäftigen, der sie zum Bezug von Arbeitslosengeld II zwingt, belasten öffentliche Kassen.

DIE LINKE tritt für einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn ein. Ein solcher Mindestlohn steht und fällt mit gesellschaft-

lichem Druck und mit den Mehrheiten auf Bundesebene.

Doch auch auf kommunaler Ebene gibt es Spielräume, um Unternehmen zu reglementieren: DIE LINKE im Frankfurter Stadtparlament fordert, dass Unternehmen, die Niedriglöhne zahlen, mit einer kommunalen Abgabe belegt werden. Diese Idee einer „Niedriglohnabgabe“ findet sich inzwischen auch in unserem hessischen Landtagswahlprogramm wieder. Ziel der Abgabe ist es, die Beschäftigung im Niedriglohnbereich für Unternehmen unattraktiv zu machen, indem die Lohnkosten soweit erhöht werden, dass es für sie nicht mehr rentabel ist. Durch den Rückgang von „AufstockerInnen“ würden die Transferzahlungen zurückgehen und die kommunalen Kassen entlastet. Erzielte Einnahmen soll die Kommune im Rahmen der Zweckgebundenheit an die „AufstockerInnen“ weitergeben.

Aus Sicht der Fraktion könnte die Einführung dieser Abgabe einen kommunalen Impuls in Richtung Mindestlohn setzen. ◀

## IMPRESSUM UND KONTAKT

**Herausgeber**

die farbechten/DIE LINKE.  
Stadtteilgruppe Rödelheim, Praunheim,  
Hausen, Westhausen, Industriehof und  
DIE LINKE. Fraktion im Römer

**Redaktion**

Inge Pauls (V.i.S.d.P.), Nora David,  
Barbara David-Wehe (bdw)

Inge Pauls  
Schenckstr. 66, 60489 Frankfurt  
E-Mail: ingepauls@web.de

Barbara David-Wehe  
E-Mail: barbara\_david@web.de

**Layout, Grafik**

typokalisch frankfurt

**Auflage**

10.000 Exemplare

**Erscheinungsweise**

unregelmäßig; ältere Ausgaben können  
unter [www.die-farbechten.de](http://www.die-farbechten.de) im Download-  
Bereich als PDF heruntergeladen werden.

**Fotos**

S. 1 (Markt): Fotolia/unverdorben; S. 3  
(Kind): Fotolia/Dora Zett; S. 3 (Wohnen):  
Shutterstock/Mika Heittola; S. 4: Shutter-  
stock/Volker Rauch; sonstige: die farbechten

**Mitmachen**

Die Mitglieder der Stadtteilgruppe treffen sich  
jeden ersten Donnerstag im Monat.

An jedem dritten Donnerstag im Monat findet  
ein offener Infotreff zum Kennenlernen statt.

Jeweils 19.30 Uhr, Rödelheimer Vereinsringhaus,  
Friedel-Schomann-Weg 7, 60489 Frankfurt



[www.die-farbechten.de](http://www.die-farbechten.de)  
[www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)